

Pressemitteilung

29.01.2025



Wir verurteilen den islamistischen Angriff auf die Kundgebung des Bündnis Defend Kurdistan vom 25.01.2025 in Kiel scharf und fordern grundlegende Konsequenzen.

Wir sind zutiefst erschüttert über den brutalen Angriff auf zwei kurdische Freunde am vergangenen Samstag in der Kieler Innenstadt. Der Vorfall ereignete sich unmittelbar vor einer friedlichen Kundgebung zum 10. Jahrestag der Befreiung von Kobanê – einer Stadt in Rojava, Syrien, die weltweit als Symbol des Widerstands gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gilt.

Der Angriff, bei dem ein Aktivist durch einen Messerstich im Bauchbereich schwer verletzt wurde und ein anderer nur durch Glück zumindest körperlich unverletzt zurückblieb, ist ein alarmierendes Zeichen für die anhaltende Bedrohung durch den religiösen Fundamentalismus des IS sowie einer von antikurdischem Rassismus geprägten Haltung. Augenzeugenberichten zufolge äußerten sich die Angreifer vor der Tat zugunsten des IS und trugen darüber hinaus ihren antikurdischen Rassismus durch beleidigende Äußerungen zur Schau. Solche Fälle verdeutlichen zum wiederholten Mal die Gewaltbereitschaft islamistischer, faschistischer und rassistischer Gruppierungen.

Die Türkei, die seit Wochen gemeinsam mit dschihadistischen Gruppen die demokratische Selbstverwaltung Nordostsyriens (DAANES) angreift, trägt aktiv zum Wiedererstarken des IS bei. Der Kieler Vorfall ist kein Einzelfall, sondern Teil einer international vernetzten Bedrohung. Diese Bedrohung darf jedoch nicht zum Erstarren progressiver politischer Kräfte führen, sondern sollte im Sinne internationaler Solidarität sowie mittels gegenseitiger Unterstützung und Entschlossenheit mit Widerstand beantwortet werden. Wir werden weiterhin jeder Form von faschistischer Bedrohung und Gewalt entgegentreten.

Wir appellieren an die deutsche Politik und Öffentlichkeit, entschieden gegen die Wurzeln solcher Taten vorzugehen. Dabei sind folgende Maßnahmen unerlässlich:

1. Gründliche Aufklärung des Angriffs:

Die genauen Hintergründe der Tat und die Verbindungen der Täter zum IS oder anderen islamistischen Netzwerken, auch im Kontext eines möglichen Türkei-Bezugs, müssen umfassend ermittelt werden.

2. Schutz der Demokratie:

Friedliche Demonstrationen, insbesondere von bedrohten Communities wie der kurdischen, müssen besser geschützt werden. Die Unterstützung demokratischer Kräfte, wie die der kurdischen Freiheitsbewegung, ist entscheidend, um fundamentalistische Ideologien auch an ihren Ursprungsorten zu bekämpfen. Dazu muss insbesondere die Kriminalisierung ihrer Organisationen durch staatliche Repression und Verbote umgehend beendet werden. Die Sicherheitsbehörden stehen stattdessen in der Pflicht, gegen Bedrohungen vorzugehen, indem die kurdischen Organisationen über mögliche Anschläge rechtzeitig informiert werden.

3. Internationale Verantwortung:

Deutschland und die Europäische Union müssen ihre Versäumnisse im Kampf gegen Islamismus korrigieren. Dies betrifft insbesondere ihre indirekte Unterstützung fundamentalistischer Kräfte durch das enge Bündnis der BRD mit dem NATO-Mitglied Türkei, das die Terror-Milizen in Syrien aktiv stützt. Stattdessen ist die Unterstützung demokratischer Kräfte, wie die kurdische Freiheitsbewegung, entscheidend, um fundamentalistische Ideologien auch an ihren Ursprungsorten zu bekämpfen. Dabei ist die offizielle Anerkennung der demokratischen Selbstverwaltung Nordostsyriens (DAANES) unabdingbar.

4. Keine rechte Instrumentalisierung:

Wir verweigern uns jeder Instrumentalisierung des Angriffs durch rechte Kräfte. Wer meint, die Tat durch Staatsangehörigkeit, Herkunft oder Religion der Täter erklären zu können, verschleiert deren politische Dimension. Der Angriff galt all dem, wofür der Kampf um Kobanê und der revolutionäre Aufbau in Nordostsyrien seit über zehn Jahren stehen: Das gleichberechtigte, friedliche und solidarische Miteinander sämtlicher Kulturen, Religionen und Geschlechter. Wer diesen Angriff nutzt, um den wachsenden Rassismus hierzulande zu befeuern, agiert in der reaktionären Logik der Täter und nicht an der Seite der Betroffenen. Wer darüber hinaus glaubt, solche Auseinandersetzungen hätten nichts mit diesem Land zu tun, sollte zunächst der Interessen geleiteten Einflussnahme der BRD im Mittleren Osten, z.B. durch Waffenlieferungen, widersprechen.

Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen und ihren Familien. Aber auch bei allen anderen, die tagtäglich von Gewalt durch fundamentalistische und faschistische Kräfte bedroht sind. Wir wünschen den Betroffenen eine schnelle und vollständige Genesung. Gleichzeitig bekräftigen wir unsere internationale Solidarität mit allen, die sich mutig gegen Islamismus, Rassismus und Staatsterror stellen.

Defend Kurdistan Kiel / Kurdistan-Solidaritäts-Komitee Kiel

Kontakt: ksk-kiel@riseup.net